

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“ Sternsprache
Nr. 11

Abg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post und den Kantoren bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 1 Mk., die Restzeile 2.00 Mk. Einzelhefte 20 Pf. Bei Abbestellung der Zeitung infolge schwerer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Einzel Aufträge 5 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Bestellungen vorab ist der Rabatt vorläufig.

Nr. 58

Altensteig, Freitag den 10. März.

Jahrgang 1922.

Poincare, der Nimmermüde.

Wenn englische Vernunft einmal zu Wort kommen will, so sieht Frankreich sofort mit einem Beio auf dem Plan. Herr Poincare, der unermüdet ist im Erfinden immer neue Schikanen für Deutschland, glaubt, seiner Stellung und seinem Range etwas zu vergeben, wenn er Englands Rat befolgt. Er ist ja so durchdrungen von seiner Mission des Daisers und pocht so sehr auf die französische Gloire, daß es schließlich unmöglich erscheint, mit Vernunftgründen bei ihm etwas auszurichten.

Es ist nicht unsere Aufgabe, mit Herrn Poincare zu reden, jeder gute Deutsche verzichtet auch von vornherein auf den politischen Schmuck, der der Leiter der französischen Schmachtpolitik denn doch zur Genüge ist. Seine Domäne ist der Deutschenhaß, den versucht er mit Glück schon der französischen Jugend einzupflanzen. Es nimmt nur Wunder, daß in dem Stundenplan der französischen Schulen nicht schon ein Unterrichtsfach mit dem Titel „Haß gegen Deutschland“ eingeführt wurde oder daß in den französischen Kinos und Theatern nicht jede Gelegenheit benützt wird, das Land jenseits des Rheins zu schmäheln.

Der Liberale Lord Newton hat im englischen Oberhaus kürzlich gegen die Kommissionen gesprochen, die in Deutschland ein Götterleben führen auf Kosten eines am Boden liegenden Volkes. Er hält es für richtiger, wenn die dafür gebrauchten Millionen als Reparationszahlungen Verwendung finden würden. Er nennt den Anblick der Kommissionen eines der widerlichsten Bilder und weist darauf hin, daß die Verträge, von Deutschland große Entschädigungen zu verlangen, sich schlecht vereinbaren lassen mit den verschwenderischen Aufwendungen für die Kommissionen und die Befragungstruppen. Die englische Regierung läßt manchmal durchblicken, daß sie zu Änderungen bereit sei, aber Positives tut sie nicht, ein Mandat, den wir Deutschen nicht tief genug beklagen können.

Natürlich träumen sich die französischen Offiziere und „Politik“ gegen ihre Abkommandierung. Sie leben ja herrlich und in Freuden mit ihren Dämchen, Maitresses und noch ärgeren Frauenzimmern aus dem Pariser Sündenpfuhl. Sie wollen natürlich weiter so dahinleben in Saus und Braus ohne jede geringste Spur von Betätigung, wenn man nicht die Deutschenschulane als Tätigkeit ansprechen will.

Lord Newtons Rede kommt zur rechten Zeit. Es wurden in den letzten Tagen Stimmen laut, die von einer dauernden Einrichtung der Kontrollkommissionen berichteten, ein Vorschlag Poincares, das ist zweifellos. Erst die neue Verfügung des Generals Koller und die Lustfahrtkontrolle haben die Frage wieder ins Rollen gebracht. Poincare ruht nicht, rastlos ist sein — Geist damit beschäftigt, neue Schikanen zu erfinden, deren Ausführung er mit aller Kraft zu bewerkstelligen sucht. Wer ist nun würdiger, Poincare oder Lloyd George? Ich glaube, es wäre letzten Endes möglich, mit George in Ruhe und Besonnenheit zu konflieren, Poincare aber wird jeder gute Deutsche den Rücken zugehren. Und in der Geschichte wird seine Schändlichkeit am Pranger stehen, wenn auch französische Historiker seine Ehrenrettung versuchen werden. Das wird ihnen nicht gelingen.

Gegen das Reichspostministerium.

Die Zustände, wie sie sich allmählich in unserer Postverwaltung herausgebildet haben, scheinen nach Abhilfe die Proteste gegen die Reichspostverwaltung nehmen derartige Formen an, daß sich bei der kommenden Beratung des Etats des Reichspostministeriums im Reichstage die Redner der verschiedenen Parteien sehr eingehend mit dem Verfall der Reichspostverwaltung beschäftigen werden. Die ungeheure Steigerung der Postkosten, die unser Wirtschaftsleben schwer belastet und unter der nicht nur die Privatpersonen, sondern auch die meisten Geschäftsunternehmen leiden, ließ die Hoffnung aufkommen, daß es nunmehr möglich sein werde, den Haushaltsplan der Postverwaltung endlich zu beseitigen, die weitere Steigerung der Kosten zu verhindern und uns allmählich wieder normalen Verhältnissen zuzuführen, soweit man jetzt von „normalen Zuständen“ sprechen kann. Diese Erwartungen dürften getrimmt enttäuscht werden. Im Reich, des Herrn Giesberts wird nach wie vor abgebaut, aber nicht aufgebaut. Ganz besonders in der Reichshauptstadt ist man außer sich über die Säumigkeit der Beförderung sämtlicher Sendungen, die der Post anvertraut

werden. Man leert die Briefkästen nicht mehr pünktlich. Stadtbriefe brauchen oft 24—36 Stunden, ehe sie in die Hände der Empfänger gelangen. Und wie man sich erzählt, sollen in manchen Ämtern noch so zahlreiche Räume beschäftigt sein, daß sie nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen.

Der soeben veröffentlichte Haushaltsplan beziffert das Personal der Reichspost mit mehr als 380 000 Köpfen. Seitens des Reichstags ist seinerzeit die Forderung gestellt worden, das Personal müsse unbedingt verringert werden, um endlich Ausgaben und Einnahmen gegeneinander abzuwägen, ohne fortgesetzt die Schraube der Portenerhöhung anzuziehen. Auch diese Dinge werden im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Wir werden somit erneut vor die Tatsache gestellt, daß der Reichspostetat abermals ein erhebliches Manko aufweist, für das einweilen keine Deckung vorhanden ist, es sei denn, daß man die Öffentlichkeit mit neuen schweren Abgaben zugunsten des Reichspostetats belastet.

Die Beratungen über den Reichshaushaltsplan der Post werden somit auch zu einem Kampf um die Person des Reichspostministers Giesberts führen, zu dem das Vertrauen in letzter Zeit überaus stark gesunken ist. Der gesamte Betrieb der Reichspost erscheint derart reformbedürftig, daß nur eine neue Kraft, die mit starker Hand durchgreift, in der Lage ist, den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Zur Einkommensteuerbelastung.

Von Handwerkskammerpräsident Endres-Karlruhe.

I. Die Finanzämter (Veranlagungsbehörden) des Landes haben in der letzten Zeit den Gewerbetreibenden die Einkommensteuerbescheide übermittelt. Nach § 46 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz machen zunächst die Finanzämter alle einschlägigen Erhebungen, welche zur Feststellung des Einkommens dienen, selbständig. Sind diese Erhebungen des Finanzamtes zum Abschluß gekommen, dann wird die Einkommensteuer unter Mitwirkung der Steuerzuschüsse festgesetzt. Zu diesem Zweck tritt der Ausschuss vor dem 31. März jeden Jahres zusammen, dem dann der Vorsitzende (Finanzbeamter) pflichtgemäß die gesamten Unterlagen, die für die Veranlagung des einzelnen Steuerpflichtigen in Betracht kommen, zu unterbreiten hat. Der Ausschuss prüft die Unterlagen und setzt das steuerbare Einkommen fest. Dies ist ein wichtiges und verantwortungsvolles Recht des Steuerzuschusses, das ihm, und zwar nur ihm, nicht dem Finanzamt, das Gesetz einräumt.

Die zahlreich beim Steuerzuschuss des hiesigen Handwerks aus Kreisen des gewerblichen Mittelstandes einkaufenden Beschwerden lassen darauf schließen, daß gewisse Steuerzuschüsse einzelner Finanzämter ihr Amt ganz eigenartig auffassen. Einmal wird der Veranlagung ein das angegebene Einkommen für 1920 um 25—100% übersteigendes Einkommen zugrunde gelegt, und dann wird zu dieser wesentlichen Änderung zwischen Steuererklärung und Veranlagung der Gewerbetreibende gar nicht gehört.

Nach den Ausführungsbestimmungen haben die Steuerzuschüsse die vor schriftsmäßig eingereichte Steuererklärung des Steuerpflichtigen bei der Veranlagung mit heranzuziehen. Zunächst hat also der Steuerzuschuss von der Steuererklärung des Steuerpflichtigen bei der Festlegung des Einkommens auszugehen. Dies gilt selbst dann, wenn der Steuerpflichtige für das Einkommen, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, an Stelle der schriftsmäßigen Angaben des Einkommens Schätzungsangaben gemacht hat. Wenn die Angaben glaubhaft erscheinen, wird sich der Steuerzuschuss an diese Angaben halten müssen. Bei nicht buchführenden Gewerbetreibenden gestaltet sich die Rechtslage so, daß vom Finanzamt an Hand der vorzuliegenden Unterlagen die einzelnen Posten festzustellen sind, und zwar die Betriebseinnahmen und die Betriebsausgaben, so daß also der Ueberschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben unter Berücksichtigung der Betriebswerte am Beginn und am Schluß des Geschäftsjahres festzustellen ist. Bei Gewerbetreibenden dagegen, welche geordnete Bücher führen, ist der Geschäftsgewinn unter Beachtung der Vorschriften des § 15 R.E.G. nach den Grundsätzen zu berechnen, die für die Inventur und Bilanz durch das R.E.G. vorgeschrieben sind.

Eine Abweichung von den Angaben in der Steuererklärung darf nur dann stattfinden, wenn dem Gewerbetreibenden die Punkte, in denen eine wesentliche Abweichung zu seinen Ungunsten in Frage kommt, zur vorherigen Äußerung mitgeteilt worden sind. Dies ist zwingendes Recht. Die Steuerzuschussmitglieder haben also zunächst nachzuprüfen, ob diese Bestimmung vom Finanzamt eingehalten worden ist, bezw. ob der Steuerpflichtige über den strittigen Punkt vernommen wurde. Nur wenn der Steuerpflichtige einer Aufforderung des Finanzamtes zur Äußerung über die gegen seine Steuererklärung oder sonstigen Angaben erhobenen Bedenken nicht nachgekommen ist, oder wenn der Steuerpflichtige diese Bedenken nicht beseitigen konnte, ist insoweit seine Veranlagung im Werte der Schätzung vorzunehmen. Der Steuerzuschuss als solcher hat also zu entscheiden, ob die Äußerung des Steuerpflichtigen geeignet ist, die Bedenken gegen seine Steuererklärung zu beseitigen oder nicht. Und endlich kann nur über die strittigen Punkte (Hausverbrauch, Instandhaltungs- und Handlungskosten, steuerfreie Erneuerungsbeihilfen, Bewertung des Betriebsvermögens u. a.) die Veranlagung im Schätzungswege vorgenommen werden. Im übrigen hat die Steuererklärung dann als Grundlage für die Veranlagung zu gelten.

II. Die Erregung unter den selbständigen Gewerbetreibenden über die Höhe und über die Art der Veranlagung seitens einzelner Steuerzuschüsse ist begründet. Freilich wurden von den maßgebenden Stellen Handwerker und Gewerbetreibende immer und immer wieder angehalten, durch eine geordnete Buchführung sich selbst und dem Steuerzuschuss die schwierige Aufgabe der Festlegung der Einkommensteuer zu erleichtern. Die Finanzämter werden sich aber dennoch davon überzeugen lassen müssen, daß die amtlichen Veranlagungen in vielen Fällen gegen die kommenden Einsprüche nicht aufrecht gehalten werden können. In allen Fällen, wo gegen § 205 Absatz 4 der R.A.O. und gegen § 46 Absatz 3 der Ausführungsbestimmungen zum R.E.G. gehandelt ist, wozu dem Steuerpflichtigen die strittigen Punkte, in denen eine wesentliche Abweichung zu seinen Ungunsten in Frage kommt, zur vorherigen Äußerung mitgeteilt wurden, muß der Bescheid direkt als wirkungslos erklärt werden.

Den Steuerzuschüssen sollte auch bekannt sein, daß der gewerbliche Mittelstand infolge der stetigen Lohn- und Preissteigerungen an Betriebsvermögen verloren hat, weil er durch zu billige Abgabe der eingekauften Rohstoffe in Form von Fertigwaren nur Geld einnahm, dessen inwischen verminderte Kaufkraft teilweise nicht mehr ausreichte für die Hälfte der verarbeiteten Rohstoffe. Wir betrachten die Steuer als eine Leistung zur Förderung der Gemeinschaft. Stützt sie für diese einen weit größeren Schaden als Nutzen, so ist sie falsch. Das kann kein vernünftiges Gesetz wollen. Die Steuerzuschüsse müssen daher bei ihren Maßnahmen in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen, wenn sie Ansehen und Einfluß bei der Bevölkerung gewinnen wollen.

Ein Notruf unserer Kriegsbeschädigten.

Von Otto Thiel, R. d. R.

Kriegsopfer in Not! So stellt heute der Hilferuf unserer Kriegsbeschädigten und Kriegsernterlichen durch das ganze Reich. Sie, die im Krieg alles aufs Spiel gesetzt, die im Dienste der Allgemeinheit Gesundheit oder Leben verloren, sie und ihre Angehörigen befinden sich heute in bitterster Not. Die bittere Deffektivität aber weiß nur wenig von den Jammerzuständen, die in den Kreisen der Kriegsopfer herrschen. „Die Kriegsopfer beziehen ja ihre Rente — sie haben außerdem zum größten Teil daselbe Arbeitseinkommen wie die gesunden Arbeiter — wie kann da noch eine Not vorhanden sein?“ Diesen und ähnlichen Gedanken gängen begegnet man bei der großen Masse des deutschen Volkes, wenn man gelegentlich einmal auf die Notlage der Kriegsopfer zu sprechen kommt. Und wie die Notlage der Kriegsopfer zu sprechen kommt. „Ja, wenn ein Kriegsbeschädigter durch seine Beschädigung gänzlich erwerbsunfähig geworden ist, dann allerdings gehört ihm auch eine auskömmliche Rente.“ — Wie aber spricht die Wirklichkeit? Von tausenden von Bewährten, die sonder Nähe aufgeführt werden könnten, nur ein einziges:

Ein fleißiger und arbeitsamer Familienwater hat im Kriege eine schwere Lähmung beider Beine und des Unter-

Wepers davongetragen. Er ist infolge dieser Verwundung vollständig erwerbsunfähig. Die vierköpfige Familie ist darum nur auf die Rente angewiesen und diese beträgt heute einschließlich aller Teuerungszulagen und dergl. also alles in allem monatlich 686.90 Mark! Es bedarf keiner weiteren Worte zum Beweise dafür, daß diese Familie in ganz kurzer Zeit wirtschaftlich zugrunde gerichtet sein muß. Trotz eifriger Bemühungen sämtlicher hierfür in Frage kommender Stellen ist es bis heute auch noch nicht möglich geworden, dem Manne oder seiner Ehefrau eine Arbeit zu vermitteln. Infolge des steten Größens und der einschränkenden Sorgen und Gedanken ist der Vater dem Irren nahe. Was aber dann? —

Ist das des deutschen Volkes Wille, daß seine Helden und ihre Angehörigen so in bitterster Not und größtem Elende dahinschwanden?

In ihrer bitteren Not wenden sich die Kriegsooper an alle, die noch ein mitleidendes Herz mit ihnen haben. Urteil nicht nach dem Schein! Die Kriegsooper haben nämlich keineswegs alle ein lohnendes Einkommen und am allerwenigsten diejenigen, die am härtesten im Kriege betroffen wurden. In erschütternden Zuschriften an den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin RD 1, kommt daher ihre Not zum Ausdruck. Die Kriegsooper sind hinab! Diees Hinabsinken könnte aufgehalten werden, wenn die Regierung, die die Sachlage kennen muß, der Reichstag, dem die großen Organisationen der Kriegsbeschädigten ihre möglichen erfüllbaren Wünsche übermitteln und die nicht kriegsbeschädigten Mitbürger ihre Pflicht den Kriegsooper gegenüber täten. Doch Zeit darf nicht mehr verloren werden! Auf die im deutschen Volke lebendigen starken sittlichen Kräfte setzen die Kriegsooper in diesem Augenblick all ihre Hoffnung.

Neues vom Tage.

Eine Rede des Reichspräsidenten auf das Reichsgericht.

Leipzig, 9. März. Am zweiten Tag seiner Anwesenheit in Leipzig anlässlich der diesjährigen Frühjahrsreise besuchte der Reichspräsident Ebert auch das Reichsgericht, wo er vom Reichsgerichtspräsidenten Delbrück empfangen wurde. Nach Vorstellung der Senatspräsidenten mochten der Reichspräsident Ebert und die übrigen anwesenden Reichsminister und Minister der Einzelstaaten je einer Sitzung des Zivilsenats und des Strafsenats bei. Im Anschluß daran gab Reichsgerichtspräsident Delbrück ein Frühstück, bei dem er an den Reichspräsidenten Ebert eine Begrüßungsansprache richtete. Präsident Ebert erwiderte etwa folgendes: Sichtbar und vernehmlich vollzieht sich der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Ich habe es beim Besuch der Leipziger Messe mit stolzer Bewunderung erlebt. Still und unmerklich geschieht der nicht minder wichtige Wiederaufbau des deutschen Rechts. Sie, meine Herren, haben bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die Führung. Das Reichsgericht hat in bedeutenden Entscheidungen bewiesen, daß es seiner Aufgabe bewußt und ihrer Erfüllung mächtig ist. Dem höchsten Gerichtshof des deutschen Reichs ist die Pflicht zugewallen, den Krieg und die Erschütterungen, die ihm folgten, juristisch zu liquidieren. Die schwersten Aufgaben, die wohl je einem Richter oblagen, sind auf Ihre Schultern gelegt. Aber zu den abschreckenden amtlichen Kritiken des Auslands steht in anerkannter Weise der Gegensatz die Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsminister der Justiz hat bei Beratung des Justizetat im Reichstag auf das Zeugnis dieser Anerkennung hingewiesen. Er hat gesagt: Respekt vor dem Reichsgericht! Ich werde mich mit der Reichsregierung diesem Ansprache an. Ich überbringe dem Reichsgericht die Grüße der Reichsleitung, unseren Dank und unsere Anerkennung für die

mühevollen und treuen Arbeit. Ich bin überzeugt, daß der oberste Gerichtshof des Reichs der Aufgabe gewachsen ist, auch nach Neuordnung unserer staatlichen Grundlage, nach der weitgreifenden Umgestaltung des Rechts und des Verfahrens das Vertrauen des deutschen Volks sich zu wahren und sich damit den größten Lohn zu sichern, der einem Richter zu Teil werden kann.

Standalktionen im preussischen Landtag.

Berlin, 9. März. Es scheint, als ob der Monat März ganz besonders unheilvoll auf die kommunistischen Gemüter einwirkt und die Bernunft dieser Herren verwirrt. Bei der am Dienstag abgehaltenen Sitzung im preussischen Abgeordnetenhaus stand der kommunistische Antrag, der sich gegen die Auslieferung der Dato-Mörder an Spanien richtete, auf der Tagesordnung. Unglücklicherweise hatte der Landtagspräsident Reinert am Tag vorher Einladungen zu einem parlamentarischen Abend ergehen lassen, und da er sich in der irrigen Ansicht befand, daß man zu einer solchen Veranstaltung auch Kommunisten bitten könne, in der Voraussetzung, daß sie sich in seinen Privaträumen anständiger benehmen würden, als im Abgeordnetenhaus, so kam es zu einer Szene, wie sie in dieser Form ein Parlament noch nicht gesehen hat. Der kommunistische Abg. Schulz aus Neutölln machte dem Präsidenten den bitteren Vorwurf, wie er es habe über sich bringen können, in einer Zeit, wo die Debatte über die Auslieferung der Mörder Datos „jedes kommunistische Herz tief erschütterte“, auch die Kommunisten zu seinem Abend einzuladen. Herr Reinert wies ihn lähl darauf hin, daß sein parlamentarischer Abend und die Herren Mörder, die den Minister Dato umbrachten, nichts miteinander zu tun hätten. Das erregte den tiefen Groll von Schulz-Neutölln. Er schrie in den Saal, daß er nunmehr die noch ausstehende Antwort auf die Einladung dadurch zu erteilen bereit sei, indem er sie dem Präsidenten ins Gesicht warf. Gleich darauf sah man eine zusammengeknüllte Einladung durch die Luft sausen und auf den Tisch niederfallen. Herr Reinert winkte, ein Diener entferne das Korpus delicti und ein Sturm der Empörung brauste durch das Haus. Herr Schulz-Neutölln wird auch durch den Protest der anderen Abgeordneten kaum zu belehren sein.

Das Steuerkompromiß noch nicht angenommen.

Berlin, 8. März. Die Erwartungen, daß das Steuerkompromiß heute bereits endgültig abgeschlossen werden könne, hat sich nicht erfüllt. Die Arbeiten des 11. Steueraususses, der die Verbrauchssteuern berät, sind allerdings heute beendet worden. Auch der 35. Ausschuss, der die direkten Steuern behandelt, hat sein Bemühen aufgearbeitet. Die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichsfinanzminister, die ursprünglich auf heute nachmittag angelegt worden war, ist für morgen in Aussicht genommen. Die gemeinsame Sitzung der Steuerausüsse in Anwesenheit des Kanzlers und der Regierungsvertreter ist für Samstag geplant. Bis dahin werden die Berichte über die Verhandlungen fertiggestellt werden. Das Plenum des Reichstags wird, wenn es morgen wieder zusammentritt, zunächst einmal die Brantweinmonopolfrage vornehmen. Das Steuerkompromiß als solches wird wahrscheinlich nicht von der Regierung dem Haus vorgelegt werden, sondern von einer der Parteien als Initiativantrag und wird sich auf das Mantelgesetz und die Zwangsanleihe erstrecken.

Regelung der Beamtengehälter.

Berlin, 9. März. Im Ausschuss des Reichstags erklärte gestern ein Regierungsvertreter: Die Teuerung verlangt, daß etwas wesentliches getan wird. Man denkt daran, bei der Besetzung der Gruppe 3 einen bestimmten Betrag zum Grundgehalt zuzulegen, der sich bei den anderen Gruppen verringern müsse. Bei welcher Gruppe der Zuschlag verschwinden könne, steht noch nicht fest. Der Wunsch, die Steigerung von Gruppe 3 in gleichem Prozentsatz vorzunehmen, ist unerfüllbar.

Stunde bestellten neuen Diensthöfen gesprochen, hatte sich mit ihren Persönlichkeiten und Zeugnissen zufrieden erklärt und sie in ihren Dienst genommen.

Am folgenden Tage war sie wiederholt ausgegangen und hatte abends das Hoftheater besucht, wo sie sowohl durch ihre außerordentliche Schönheit wie durch die Kostbarkeit ihres Schmattes die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte. Sie war eifrig in der heitersten Stimmung gewesen, und als sie im Foyer zufällig einem jungen Ehepaar begegnete, dessen Bekanntschaft sie vor etlichen Monaten in Nizza gemacht, hatte man sich sofort zu allerlei gemeinschaftlichen Vergnügungen für den nächsten Tag verabredet. Das Programm war denn auch in allen Punkten durchgeführt worden, und erst lange nach Mitternacht war Luisa in ihre Wohnung zurückgekehrt. Die Freunde hatten sie auch noch für den folgenden Tag mit Beschlag belegen wollen, aber sie hatte sich unter irgendeinem Vorwande bei ihnen entschuldigt. Denn nun waren die drei Tage abgelaufen, die sie Hermann Rodeck als Frist ausgenötigt hatte, und sie rechnete mit Sicherheit darauf, daß er sich schon in aller Frühe bei ihr einfänden würde.

Daß er bis dahin gar kein Lebenszeichen gegeben, ihr nicht einmal einen Gruß oder eine Blume geschickt hatte, beunruhigte sie trotz all ihres unerschütterlichen Vertrauens in seine Ehrenhaftigkeit doch ein wenig, und sie sah voll der brennendsten Ungeduld seinem Erscheinen entgegen. Aber der Tag rückte immer weiter vor, und noch immer ließ er vergeblich auf sich warten. Sie hatte sich die Zeitungen bringen lassen, die heute so ausführlich über die geheimnisvolle Ermordung des Amerikaners Wilhelm Langheld berichteten, und sie hatte diese Berichte wiederholt mit dem größten Interesse gelesen. Ihr schönes Gesicht war dabei ganz unbewegt geblieben. Nur an der Stelle, wo davon die Rede war, daß der Chauffeur den unbekanntem Mitpassagier des Ermordeten für eine verkleidete Dame gehalten habe, hatte sich ihre Stirn vorübergehend in mißmutige Falten gezogen. Im großen und ganzen aber mußte sie mit dem Bericht doch recht wohl zufrieden gewesen sein; denn der resignierte Schlusssatz, daß man für die Aufklärung des mysteriösen Verbrechens aller Voraussicht nach auf die Gunst des Zufalls angewiesen sein werde, hatte ihr sogar ein kleines spöttisches Lächeln abenotet.

Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin, 9. März. Am großen Saal der „Bürgerstraße“ wurde gestern die Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eröffnet. Für die Reichsregierung war der Reichspostminister Giesberts anwesend. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Haffel, begrüßte die Vertreter aus dem ganzen Reich. In seiner Begrüßungsansprache brachte der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Sorge, die einmütige und geschlossene Auffassung der deutschen Industrie zum Ausdruck, daß unsere Wirtschaft rechts und links des Rheins, im besetzten und unbesetzten Gebiete des Reichs auf ewig ungeteilt bleibe und bezeichnete es als Aufgabe der Tagung, vor einem größeren Kreise die Grundsätze und Gedanken zu erörtern, die für die innere Arbeit der Verbände von Bedeutung sind. Dr. Sorge betonte das besonders gute Einverständnis, das trotz manchen sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbänden und dem Reichsarbeitsministerium bestünde und bat den Bevollmächtigten des Reichsarbeitsministers, Ministerialdirektor Dr. Sigler, dem erkrankten Reichsarbeitsminister die besten Wünsche für seine Genesung zu überbringen. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsch, daß die Tagung dazu beitragen möge, die aufbauenden Kräfte Deutschlands zusammenzufassen zum Gesamwohl unseres Volkes.

Poincare für Erweiterung der interalliierten Kontrollkommissionen.

Paris, 9. März. Dem „Echo de Paris“ zufolge sprach Poincare in seiner Unterredung mit Marshall Foch und General Beggand für die Erweiterung der interalliierten Kontrollkommissionen in Deutschland auf der Basis der Wirtschaftskonferenz wird der französische Botschafter namens seiner Regierung diese Forderung nachdrücklich zur Geltung bringen.

Beginn der Finanzkonferenz in Paris.

Paris, 9. März. Gestern morgen wurde hier in interalliierte Finanzkonferenz im Finanzministerium eröffnet. Betreten waren England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan und die Vereinigten Staaten. An der Sitzung nahmen auch Finanz- und Wirtschaftssachverständige teil. Eine Kommission von Sachverständigen jeder Regierung wurde gewählt, die die überreichten Noten prüfen soll. Der um 12 Uhr beginnenden ersten Sitzung folgte um 4 Uhr eine zweite Sessung. Es sind von jeder Seite 2 Sachverständige ernannt worden, die mit der Prüfung der Noten beauftragt wurden.

Rumänischer Standpunkt bei den bevorstehenden Konferenzen.

Briareff, 9. März. Die Blätter erfahren, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen in Besrad und Genoa Rumänien den Standpunkt vertreten werde, es müsse zuerst den alliierten Ländern, also auch Rumänien, aus der wirtschaftlichen Bedrängnis geholfen werden, bevor eine Hilfe für Rußland möglich sei. Diesen Standpunkt hat das Parlament genehmigt.

Griechisch-türkischer Krieg.

London, 9. März. Die „Times“ meldet aus Smyrna: Die Feindseligkeiten zwischen Griechen und Türken haben auf der Front von Eskishehir wieder begonnen. Auf beiden Seiten werden schwere Verluste gemeldet.

Moskauer Agitation für Befreiung verhafteter Kommunisten.

Moskau, 9. März. Die Arbeiterschaft Moskaus hat mit Hilfe der Moskauer Sowjet mit einer breit angelegten Agitation zur Befreiung der verhafteten Arbeiterführer Marti, Babi, Mar Schk, Tombal und Zimarkin begonnen. Die ausländischen Arbeiterorganisationen und Kommunisten sind von Moskau aufgefordert worden, diese Befreiungen des Moskauer Proletariats zu unterstützen.

Leserbrief.

Sei nicht alt in jungen Jahren,
Blüh', so lang das Leben währt —
Besser jung mit graisen Haaren
Als so altling vor der Zeit.
Junge Weise, alte Toren,
Vor der Zeit kann nichts gedeihn —
Wenn der Rost nicht ausgehohlet,
Gibt es keinen guten Wein.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(86)

(Nachdruck verboten.)

24. Kapitel.

Luisa Magnus hatte sich am Morgen nach ihrer Rückkehr von der Langenburger Reise als eine sehr strenge Herrin gezeigt. Die beiden Diensthöfen, die die Abwesenheit der Bedienerin zu einem eigenmächtigen Abendausflug benutzt hatten, waren kurzerhand entlassen worden und hatten auf der Stelle ihre Sachen packen müssen, um das Haus noch im Laufe des Vormittags zu verlassen. Nur ein einziges Dienstmädchen war zurückgeblieben, und diesem hatte Luisa gesagt, daß sie bis zum Eintreffen der bei einem Mietbureau bestellten neuen Dienerschaft außerhalb des Hauses speisen und schlafen werde, um keine der gewohnten Bequemlichkeiten zu vermissen. In der Tat hatte sie gegen Mittag in einer Automobildrosche das Haus verlassen und war erst im Laufe des nächsten Vormittags zurückgekehrt — mit einer sehr heftigen Migräne, wie sie dem durch ihr angegriffenes Aussehen erschreckten Mädchen erklärte, und mit dem Wunsch, für den ganzen Rest des Tages nicht gestört zu werden.

Die Ruhe mußte ihr dann aber sehr wohlgetan haben, da sie schon am Abend wieder das gewohnte Aussehen und Wesen gezeigt hatte. Sie hatte mit den auf diese

Nun jedoch verschlechterte sich ihre Laune von Stunde zu Stunde. Am liebsten würde sie ja dieser qualenden Ungewißheit dadurch ein Ende gemacht haben, daß sie Rodeck in seinem Atelier aufsuchte, aber sie sagte sich, daß das ein sehr unkluger Schritt sein würde, und um ihres künftigen Glüdes willen glaubte sie sich gerade in diesem entscheidenden Augenblick jeder unüberlegten und vor-eiligen Handlung enthalten zu müssen. Daß er ohne ein Wort der Erklärung einfach fortbleiben könnte, war bei seinem Charakter ja völlig ausgeschlossen, und bis zum Ablauf des heutigen Tages wenigstens durfte sie darum keinen Schritt tun, durch den sie in seinen Augen ihrem Stolz und ihrer weiblichen Würde etwas vorgehen hätte. Nichtsdestoweniger lauschte sie mit Spannung auf jedes Anzeichen der Hausdroche, und als sie im Laufe des Nachmittags hörte, wie der neuengagierte Diener in dem an ihr Boudoir anstoßenden Vorgimmer zu jemandem sagte:

„Ben darf ich dem gnädigen Fräulein melden?“ da pochte ihr Herz in so stürmischen Schlägen, daß sie alle Kraft des Willens aufbieten mußte, um den mit so leidenschaftlicher Sehnsucht erwarteten Besucher äußerlich ruhig zu empfangen.

Der Diener klopfte und trat auf die Schwelle; aber statt ihr, wie sie es mit Bestimmtheit vorausgesetzt hatte, Hermann Rodecks Karte zu überreichen, sagte er:

„Eine Dame, die mir ihren Namen nicht genannt hat, wünscht das gnädige Fräulein zu sprechen.“

Luisa war in ihrer zornigen Enttäuschung ohne weiteres entschlossen, die unbekannte Besucherin abweisen zu lassen; aber noch ehe sie das erste Wort hatte ausgesprochen können, stand sie bereits im Zimmer. Und jetzt dachte die Brasilianerin freilich nicht mehr an eine Abweisung; denn auf den ersten Blick hatte sie die in tiefem Trauer-Bekleidete erkannt.

Sie machte dem Diener ein Zeichen, sich zurückzuziehen, und ging der Eintretenden entgegen.

„Junge — du? Sei mir von Herzen willkommen! Es macht mich glücklich, daß du nun dennoch den Weg zu mir gefunden hast!“

Fortsetzung folgt.

Landtag.

Stuttgart, 9. März.

Der Landtag erledigte heute zunächst die neuen Gesetzentwürfe zur Änderung des Sporttarifs und des Landessteuergesetzes, die nach einer kurzen ersten Beratung beide dem Steuerausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wurden. Der Abg. Bazille (B.V.) gab zu beiden Entwürfen die Erklärung ab, daß seine Partei die hier vorgelegenen berücksichtigten Sporttarif- und Steuererhöhungen ablehne, solange nicht im Reich und im Lande die nächstliegenden und ergiebigeren Steuerquellen vor allem durch große Sparsamkeit in der gesamten Staatsverwaltung, durch Abschaffung des Achtstundentags und der schematischen Tarifverträge usw. ausgeschöpft werden. Auch Abg. Müller (Komm.) sprach sich gegen die beantragte Erhöhung der Landessteuern aus, vor allem durch die Ueberlassung der Hundsteuer an die Gemeinden, durch welche man zu einer ganz schmerzhaften Steuer käme. — Dann wurde die gestern zurückgestellte Abstimmung über die verschiedenen Anträge zur Förderung des Wohnungsbaus nachgeholt. Wie schon die Debatte gezeigt hatte, wurde dem Anträge des Finanzausschusses durchweg zugestimmt, teils einstimmig, teils gegen die Stimmen der Rechten. Die Anträge der Unabhängigen betr. Sozialisierung der Sägewerks- und Baustoffindustrie wurden gegen die Stimmen der drei sozialistischen Gruppen abgelehnt, ebenso der wieder aufgenommenen Antrag Siller (B.V.), der die Lieferung von Bauholz durch den Abschluß von Verträgen mit dem Privatwaldbesitz und den Sägewerken sichergestellt sehen wollte. Die Anträge Bazille (B.V.) und Ulrich (Soz.) betr. Einführung eines Wohnungsbaupfandes für die reichen Mieter, wurden zunächst noch dem Finanzausschuß überwiesen, desgleichen der Antrag Siller-Henne auf ausreichende Berücksichtigung des Handwerks bei der Holzverfertigung. — Schließlich wurde noch in die Behandlung der drei großen Anfragen, die von Groß u. Gen. (Zentr.), Späth u. Gen. (Unabh.) und Ströbel u. Gen. (B.V.) eingebracht worden waren, und die die Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt betreffen, eingetreten. Präsident Walter wies zuvor darauf hin, daß nach der Ansicht des Vorkommensausschusses die Plenarsitzungen noch im Lauf dieser Woche, eventuell unter Zuhilfenahme von Doppelsitzungen zum Abschluß gebracht werden sollten, um den Ausschüssen Zeit für ihre Verhandlungen zu gewähren. In der Begründung seiner Anfrage wies der Abg. Groß (Zentr.) auf die für weite Volkskreise katastrophalen Folgen der fortwährenden Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel hin. Abg. Späth (Unabh.) sieht die Ursachen der Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt in der Aufhebung der Zwangswirtschaft und in der Preisgebenpolitik der Regierung gegenüber den Agrariern. Der Redner der Bürgerpartei und des Bauernbundes, Abg. Baumgärtner, ging weniger auf die Ursachen der Teuerung ein, als auf die Mittel zur Beseitigung derselben. Als den Kernpunkt der ganzen Frage bezeichnet er die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die nach Ansicht aller Sachverständigen durch vermehrte Düngerverweissung und andere Mittel, die er im einzelnen besprach, soweit gesteigert werden könnten, daß die Landwirtschaft das deutsche Volk ohne Zufuhren aus dem Ausland ernähren könnte. In diesem Zusammenhang wandte er sich auch scharf gegen den Achtstundentag und verlangte intensivere Arbeit von allen Bevölkerungsschichten. — Morgen vormittag wird Ernährungsminister Witt die drei Anfragen beantworten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. März 1922.

* Für bedürftige Kriegshinterbliebene veranstaltet der Reichsbund der Kriegsheilbedürftigen, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen am kommenden Sonntag einen Unterhaltungsabend, auf den auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

* Feuerschadens, 9. März. (Quälereiprüfung. — Brandfall.) Die Quälereiprüfung wird nunmehr auch hier eingeführt. Es werden 150 Schüler geprüft, und zwar 30 Real- und 120 Volksschüler. — In dem Betriebe der Firma Georg O. & Co. ist gestern mittag kurz vor 12 Uhr aus unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, bei welchem ein Kessel vollständig ausbrach. Das Feuer konnte jedoch nicht weiter aus sich greifen, da der betr. Raum feuersicher und massiv gebaut ist. Der Schaden ist gering.

* Kollenburg, 7. März. (Serkenschau.) Der Landw. Bezirksverein veranstaltete unter Oekonomierat Dr. Weiß von der Landwirtschaftskammer eine Serkenschau, die von 95 Käufern besucht war. Nachmittags fanden Vorträge von Prof. Dr. Winisch-Hozenheim und Dr. Weiß über landwirtschaftliche Fragen statt.

Stuttgart, 9. März. (Neuer Verband.) Die Gründung eines Verbands der württembergischen Milchbedarfsvereine zur Verhinderung unbegründeter Preiserhöhungen wird vom Milchanschluß des Württ. Städte- und Landtags geplant.

Eine bemerkenswerte staatsrechtliche Entscheidung. Die Fraktion der württ. Bürgerpartei und des Bauernbundes hat am 8. Juli 1920 im Landtag unter Führung des Abg. Bazille einen Antrag gestellt, gemäß Par. 8 Abs. 2 der württ. Verfassung einen Untersuchungsausschuß bestehend aus 12 Mitgliedern einzusetzen, um die gesamte Staatsverwaltung seit dem Umsturz einer sorgfältigen, ins Einzelne gehenden Prüfung zu unterwerfen. Dieser Antrag wurde zunächst dem staatsrechtlichen Ausschuß überwiesen und nach längerer wiederholter Verhandlungen im Ausschuß, sowie im Plenum abgelehnt. Die Fraktion des B.V. wandte sich hierauf an den Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs, weil sie in der Ablehnung ihres Antrags eine Verletzung der württ. Verfassung erblickte. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs hat sich in seiner Sitzung vom 12. Jan. 1922 mit der Angelegenheit befaßt und folgendes Urteil ge-

fällt: Es wird festgestellt, daß der Beschluß des württ. Landtags vom 22. Juli 1921, durch den der Antrag Bazille und Genossen betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abgelehnt worden ist, den Par. 8 Abs. 2 der Verfassung Württembergs nicht verletzt. — Dem Urteil ist eine umfassende, in 6 Einzelabschnitte gegliederte Begründung beigegeben.

Das Kindererholungsheim Heuberg wird auch in diesem Jahre in Betrieb genommen. Die ersten Kinder werden am 19. April auf dem Heuberg eintreffen.

Von der Redarbaudirektion.) Durch Verfügung des Reichsverkehrsministers wurde Stuttgart als Sitz der Redarbaudirektion bestimmt. Die Diensträume befinden sich Herdweg Nr. 66. Das Redarbaumamt behält nach wie vor in Heilbronn seinen Sitz.

Neutlingen, 9. März. (Guten Appetit.) Aus Neutlingen wird ein mehr heiterer Diebstahl berichtet, der hoffentlich den Dieben keine Magenbeschwerden macht. Ein junger leiblicher Sitter einer Bäuerin mußte wegen Krankheit geschlachtet und das Fleisch sollte verlost werden. Am anderen Morgen fehlten 5—6 Ztr. vom Fleisch, das die Einwohner sich geholt hatten.

Sigmaringen, 9. März. (Unglücksfall.) An der Bankette des Sigmaringer Kraftwerks hat sich ein sehr schweres Unglück ereignet. Ein bei der Firma Baresel u. Co. beschäftigter Kranenführer fuhr mit einigen Deuten unvorsichtigerweise gegen eine Starckstromleitung. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, der Fahrer und drei weitere Arbeiter schwer verletzt.

Stuttgart, 9. März. (Kleine Anträge über das Zigeunerwesen.) Die Abgg. Körner und Gen. (B.V.) haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Was gebührt das württ. Staatsministerium zu tun, um dem überhandnehmenden Zigeunerwesen an der bayerischen Grenze, insbesondere in den Oberämtern Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim zu steuern? Die Zigeunerplage und der Pestel sind in dem an und für sich schon bedrückten Land zu einer gefährlichen Landplage geworden, der mit den allerstärksten Mitteln zu Leibe gegangen werden muß, gegebenenfalls eruchen wir, mit der bayerischen Landesregierung gemeinsam wirksame Maßnahmen zu treffen.

Stuttgart, 9. März. (Mittelstandshilfe.) Bisher wurden im ganzen Land 7522 000 Mk. zugunsten der Mittelstandshilfe gesammelt. Drei Bezirke des Landes stehen noch aus. Die Sammlung ergab in Stuttgart 1,8 Millionen Mark, in Heilbronn 604 000 Mk., in Neutlingen 306 000 Mk., in Ulm 246 000 Mk., in Göppingen 229 000 Mk., in Eßlingen 226 000 Mk., in Heidenheim, Balingen, Ravensburg, Geislingen, Hall, Stuttgart-Amt, Rastatt, Tuttlingen, Kirchheim, Beilheim, Waldsee, Röttingen, Laupheim und Wehringen wurden zwischen 100 und 200 000 Mk., in den übrigen Bezirken weniger erammelt, außerdem für 3 Millionen Mark Naturalien.

Volksschuldienprüfung. Die zweite Volksschuldienprüfung für evangelische und katholische Volksschullehrer und -Lehrerinnen, die mindestens zwei volle Jahre im öffentlichen Schuldienst des Landes verwendet gewesen sind, findet im Juni statt.

Verkehr mit Butter usw. Beim Verkauf der Margarinarwürfel ist künftig wie bei den übrigen Fetten auch eine Umhüllung aus Pergamentpapier mit der entsprechenden Aufschrift gestattet.

Cannstatt, 9. März. (Zur Aufteilung des Oberamts.) Wie die „Cannst. Ztg.“ mitteilt, wird in angekauften Besessentour über die Aufteilung des bisherigen Oberamts zunächst nur die Aufhebung der Gemeinden Hedelfingen und Obertürkheim aus dem Amtsbereich des Oberamts in Aussicht genommen und die Aufteilung des übrigen Bezirks auf einen anderen Zeitpunkt verschoben. Die Stuttgarter Stadtverwaltung habe es mißverständlich verstanden, die Bezirksgemeinden gegen einander auszuspielen und sich damit den Weg zum wertvollsten Gelände des ganzen Landes freizumachen. Die Aufteilung des Bezirks Cannstatt erfolge im ausschließlichen Interesse von Stuttgart. Im Besitz von Obertürkheim und Hedelfingen werde die Stadt an der in sichere Aussicht zu nehmenden gewaltigen industriellen Entwicklung in Redaral teilnehmen. Den zurückbleibenden Gemeinden, die es unterliegen, ihre Aufnahme in den Verband der Stadt Stuttgart nicht zu erzwängen, werde später gestattet sein, die Lasten für Stuttgart zu übernehmen und Schulhäuser für die Arbeiterschaft der Stuttgarter Industrie zu bauen.

Bermischtes.

Ein weiteres Valutafuror am. Ein Winkelbankier hatte laut „Bayer. Vaterland“ mit seinem sehr kleinen Vermögen und dem viel größeren ihm anvertrauten Vermögen seiner Kunden sich in sehr gewagte Spekulationen beim Steigen des Dollars eingelassen. Zu seinem Unglück bewegte sich — es war im Herbst 1920 — der Dollar anstatt nach aufwärts nach abwärts. Das schöne Gebäude trachte zusammen; die vorhandenen Bestände wurden beschlagnahmt und der Bankier konnte in einer langen Untersuchungshaft darüber nachdenken, wie er besser hätte spekulieren sollen. Da aber das Gericht sehr gründlich, aber auch langsam arbeitete, so dauerte es nicht lange, und die im Gerichtsdepot wohlverwahrten Besten begannen erst langsam, dann immer schneller zu steigen. Das Defizit verminderte sich, verwandelte sich in einen Ueberschuß, und nachdem auf Antrag der Gläubiger die Vermögensbestände liquidiert wurden und die Schulden ausgeglichen waren, konnte der Bankrott von gestern erhobenen Hauptes als Besitzer von mehreren Millionen das Gefängnis verlassen, da das Gericht so glücklich für ihn spekuliert hatte.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Februar. Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Region) wird für den Monat Februar 1922 auf rund 7,75 Mill. Tonnen in 24 Arbeitstagen veranschlagt. Im Januar 1922 stellte

sich die Kohlenförderung in 25% Arbeitstagen auf 8,13 Mill. Tonnen und im Februar 1921 auf 8,17 Mill. Tonnen in 24 Arbeitstagen. Arbeitstäglich gerechnet wird sich für Februar 1922 voraussichtlich eine Förderung von etwa 322 000 Tonnen ergeben, gegenüber einer arbeitstäglichen Förderung von 322 000 Tonnen im Januar 1922 und von 340 000 Tonnen im Februar 1921. (Zu bemerken ist, daß im Februar 1921 noch das Ueberschichtabkommen in Geltung war.)

Eine schwerverwundete Frau lebendig begraben. Der Besitzer Werbels wurde auf seinem Landhause bei Falkenwalde, Kreis Königsberg in der Neumark, von zwei Einbrechern überfallen und getötet. Die Schwester Werbels wurde schwer verletzt. Die Einbrecher begruben beide, auch die noch lebende Dame, in einem Dünghaufen und raubten dann sämtliches Bargeld. Werbels Schwester konnte sich später aus dem Dünghaufen wieder herausarbeiten und begab sich fröhlich — aufrecht gehen konnte sie nicht mehr infolge ihrer schweren Verletzungen — zum Ortsvorsteher von Falkenwalde. Die Täter, russisch-polnische Schnitter, entkamen.

Millionenschmuggel. Durch Zufall ist ein großer Millionenschmuggel aufgedeckt worden, der durch Vermittlung von Offizieren seit langem betrieben wurde, die der ungarischen Heimwehrstelle in Passau zugeteilt sind. In Linz wurde ein ungarischer Infanterist verhaftet, bei dem man 2 1/2 Millionen Kronen vorfand. Der Salutschmuggel umfaßte den Betrag von 50 Millionen.

Verkrachte Diebesgesellschaft. Kurz nach dem Waffenstillstand ist bekanntlich aus den deutschen Kasernen in Elsaß-Lothringen alles gestohlen worden, was nicht niert und nagelfest war. An den Plünderereien in Straßburg hatte sich u. a. auch eine Diebesgesellschaft von vier Männern und sechs Frauen beteiligt. Die Angelegenheit ihrer Diebstähle wäre wohl nie mehr aufgerührt worden, wenn nicht die Frauen untereinander Streit bekommen und die Sache angezeigt hätten. Da es sich um deutsche Waren handelte, so ließ das Gericht Milde walten und sprach nur geringe Gefängnisstrafen aus.

Raubüberfall. In Marspich (Eif.) wurde die 74-jährige Witwe Grosche von noch unbekanntem Räuber überfallen und ermordet. Die Täter raubten eine Summe von etwa 20 000 Mk. und entkamen.

Ein herrlicher Titel. Im niederösterreich. „Grenzboten“ steht zu lesen: „Von der Bezirksfeuerbehörde Bräun an der Leitha wurde ernannt: Heinrich Forstner zum Lebensmitteleinsparungskommissionsvorsitzendenstellvertreter.“

Handel und Verkehr.

Tollarkurs am 9. März 251,50 Mark.

Wagengestellung. Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nach wie vor sehr lebhaft. Der Versand von Lebensmitteln aller Art, von Vieh, von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen stellt an den Park der gedeckten Wagen hohe Anforderungen. Ein starker Mangel an gedeckten Wagen ist eingetreten; bis zur Behebung desselben wird noch einige Zeit vergehen. Da die Bestellung von offenen Wagen aller Gattungen zurzeit gut ist, liegt die Verwendung solcher Wagen anstelle gedeckter Wagen für geeignete Güter im dringendsten Interesse der Versender.

Die Schifffahrt auf dem Neckar. In der unter dem Vorsitz von Komm.-Rat Hugo Stieler gehaltenen Generalversammlung des Handelsvereins Heilbronn wurde u. a. auch der Bericht des Schifffahrtskommissärs erstattet, dem zu entnehmen ist: Die Schifffahrt auf dem Neckar konnte im letzten Jahr nur an 67 Tagen, die auf die Monate Januar, Februar, Mai und Juni fielen, betrieben werden und mußte nahezu 300 Tage stillstehen. Der Verlust der Neckarschiffer war, soweit sie sich nicht auf den Rhein retten konnten, an Verdienstausfall und Schäden außerordentlich groß; manche Holzschiffe sind überhaupt nicht mehr verwendbar. Der Verkehr auf dem Neckar war entsprechend dem schlechten Wasserstand sehr gering und betrug zu Tal 22 621 Tonnen (1920: 114 564), darunter 22 558 Tonnen Salz; zu Berg 8033 Tonnen (56 729 Tonnen), darunter 4797 Tonnen Kohlen für Heilbronn. Es fuhren 83 Flöße ab Heilbronn mit 32 554 Tonnen, 43 Schleppzüge von Mannheim nach Heilbronn und 4 nach den Zwischenstationen. Die schlechten Schifffahrtsverhältnisse auf dem Neckar erwiesen sich, wie Komm.-Rat Stieler hervorhob, namentlich für die Kohlenversorgung der Heilbronner Industrie als außerst mißlich.

Stuttgart, 9. März. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 73 Ochsen, 28 Bullen, 140 Jungbullen, 129 Jungrinder, 227 Kühe, 423 Kälber, 1115 Schweine, 11 Schafe, 1 Fiege, die sämtlich verkauft wurden. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1600—1750, zweite 1200—1450, Bullen erste 1450—1550, zweite 1180—1380, Jungrinder erste 1800—1780, zweite 1350—1550, dritte 1150—1300, Kühe erste 1180—1300, zweite 950 bis 1100, dritte 650—800, Kälber erste 1750—1850, zweite 1580—1680, dritte 1400—1550, Schweine erste 2000 bis 2150, zweite 1850—1950, dritte 1570—1680 Mk. Verkauf des Marktes: belebt.

Gerabronn, 9. März. Milchschweine waren zugeführt 75 Stück, verkauft wurden 75 Stück zum Paarspreis von 1400—1800 Mk., Käufer waren zugeführt 1 Stück, das verkauft wurde zum Preis von 1400 Mk. Der Handel war lebhaft.

Stuttgarter Holzbörsen.

Stuttgart, 9. März. Die endgültige Gründungs- und zugleich erste Mitglieder-Versammlung der Stuttgarter freien Holzbörsen fand am Montag den 6. März dieses Jahres im Hotel König von Württemberg (Bürgermuseum) in Stuttgart unter starker Beteiligung der Handels-, der Sägewerks- und der sonstigen Holzverarbeitenden Industrie statt. Die Börse zählt jetzt schon mehr als 200 eingeschriebene Mitglieder, worunter eine größere Anzahl Sägewerke. Die vorgeschlagenen Satzungen, die Börsenordnung,



sowie eine Schiedsgerichtsordnung wurde einstimmig genehmigt und ein Besenordnung aus vorläufig 8 Personen bestehend gewählt. Auf der Besen am vergangenen Montag konnte die starke Nachfrage nach Brennholz, Bauholz und Brettern nur zu einem kleinen Teil befriedigt werden. Die angebotenen waren u. a. Sagen. Die Preise lagen wiederum wesentlich höher. Die nächste Holzbohrer findet am Montag den 20. März ds. Mis. vorm. 11 Uhr im Börsenlokal, Hotel König von Württemberg, Langestr. 4 b. 1. Stock, statt.

Letzte Nachrichten

Eine Einigung der Parteien über das Mantelgesetz. Der Steuerkompromiß gesichert.

WTB. Berlin, 9. März. Im Reichstag fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der mehrheitlich sozialistischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei über die Steuerreform, sowie über die Zwangsanleihe statt. Der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern und der Reichsfinanzminister nahmen an der Besprechung teil. Zwischen den Parteien kam eine Einigung über das sogenannte Mantelgesetz zu den vorliegenden 14 Steuergesetzesentwürfen zu Stande, insbesondere über Paragraph 1 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Reichsregierung die Mittel für die Reduktion des Reichshaushaltsjahres 1922 bereit stellt u. nicht für die Verkehrsanleihe bestimmt sind, im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von einer Mark Silbermark flüssig machen wird. Es wurde als übereinstimmende Forderung der Parteien zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel möglichst noch in diesem Jahr flüssig gemacht werden sollen.

Bei den Beratungen der Garantieforderungen der deutschen Volkspartei traten die Vertreter der übrigen Parteien den in den Forderungen enthaltenen Bedingungen bei.

Der Reichskanzler stellte alsdann für die Regierung und zugleich für die verschiedenen Parteien fest, daß diese Forderungen als Richtlinien für die Regierung gelten würden und daß damit das Steuerkompromiß gesichert sei. Das Mantelgesetz wird nunmehr als gemeinsamer Antrag der beteiligten Parteien alsbald dem Reichstag vorgelegt werden.

Wiedereinführung einer Sparsamkeitskommission.

WTB. Berlin, 10. März. Wie die Blätter mitteilen, erklärte der Reichskanzler in der gestrigen interfraktionellen Besprechung, daß er in Erfüllung der parteipolitischen Wünsche nach Sparsamkeitsreformen die Wiedereinführung einer Sparsamkeitskommission, wie sie bereits schon einmal tätig gewesen sei, vorschlägt.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der Reichskanzler bereits die einzelnen Fraktionen ersucht, je ein bis zwei Mitglieder zur Bildung namhaft zu machen.

Die Begründung der Amerikaner.

WTB. Washington, 9. März. In der Erklärung der amerikanischen Weigerung, an der Genèver Konferenz teilzunehmen, heißt es, daß die Teilnahme Amerikas an irgend einer allgemeinen europäischen Konferenz unmöglich sei, da die europäischen Nationen unfähig seien, eigene Maßnahmen zur Heilung der Kriegsschäden zu treffen und ihr Wirtschaftslieben zu stabilisieren. Weiter erklärt Amerika, daß es den europäischen Regierungen hinsichtlich der Teilnahme Aufrufe nicht zustimmen könne, da die Ver. Staaten ständig die Politik verfolgt hätten, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen.

Forderung der Landesautonomie für Südtirol.

WTB. Innsbruck, 9. März. Wie der „Allgemeine Tiroler Anzeiger“ aus Bozen meldet, nahm der dritte Parteitag der Tiroler Volkspartei für Südtirol eine Resolution an, in der neuerdings die Forderung nach Landesautonomie einschließlich der deutschen Randgemeinden und der ladinischen Täler erhoben wird. Der Parteitag wurde unter Abfassung des Andrats. Beschlusses geschlossen.

Kein deutscher Dampfer.

WTB. Bremen, 9. März. Nach einer Meldung von Eschmann's Telegraph. Bur. ist die aus englischer Quelle stammende Meldung von dem auf See erfolgten Untergang des deutschen Dampfers „Broothoff“ nicht zu treffen, da es einen deutschen Dampfer gleichen oder ähnlichen Namens überhaupt nicht gibt. Vermutlich handelt es sich um den norwegischen Dampfer „S. Ostoft“, der von New Orleans nach Göteborg abgegangen war und bereits seit längerer Zeit überfällig ist.

Der englisch-türkische Vertrag in 3. Lesung angenommen. WTB. London, 10. März. Das Unterhaus hat mit 295 gegen 52 Stimmen den Gesetzentwurf über den englisch-türkischen Vertrag in dritter Lesung angenommen.

Ein Strafantrag gegen die „Freiheit“.

WTB. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ behauptet, Reichsminister Hermes habe von einem Ringverband Wein zu Ausnahmepreisen (Verrechnungspreisen) bezogen und über dem Verband Gegenleistungen gewährt. Wegen dieser Verleumdung hat Minister Dr. Hermes heute Strafantrag gestellt.

WTB. Berlin. Die „Freiheit“ legt heute ihre Beschwerde gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes vor. Gefürchte Leitungen.

WTB. Berlin, 9. März. Infolge der stürmischen Witterung sind ungefähr 100 von Berlin ausgehende Fernspreitleitungen gestört.

Große Sage im Randminengebiet.

WTB. London, 10. März. (Verpätet eingetroffen). Wie aus Johannesburg (Südafrika) gemeldet wird, ist die Sage im Randminengebiet sehr ernst. Eine große Anzahl Arbeiter aller Gewerkschaften hat dem Befehl zum Generalstreik Folge geleistet. In Mittelpunkt der Stadt sind die Läden geschlossen. Der Verkehr ruht.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bauf.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Bekanntmachung betr. die Ausführung einer Feldbereinigung auf der Markung Altensteig-Stadt

Der Gemeinderat Altensteig-Stadt hat den Antrag auf Ausführung einer Feldbereinigung in den Gewänden Dohndorf, Dörsenleich, Hohe Halbe, Wiberwiesen, Sonnenacker, Untere Häuselacker, Weiberdöcker, Schopflacker, Dorfacker, Wörrer und Äußere Reute, Brandhalbe und Halbe der Markung Altensteig-Stadt gestellt.

Nachdem das Unternehmen von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, auf Grund einer vorläufigen Prüfung als für die Landwirtschaft nützlich und im ganzen zweckmäßig für ausführbar erkannt, und zur Abstimmung dem gestellten Antrag gemäß zugelassen worden ist, wird hiermit

Zugfahrt zur Abstimmung

über den vorliegenden Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission auf Dienstag den 11. April 1922, vormittags 9 1/2 Uhr anberaumt.

Hierbei werden die beteiligten Grundeigentümer bezw. deren Vertreter auf das Rathaus zu Altensteig-Stadt unter Androhung des Rechtsnachteils eingeladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmungsfahrt weder in Person noch durch einen seine Vertretungsbefugnis rechtsgültig nachweisenden Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens nicht stat findet.

Für den Fall, daß die nach der Abstimmung event. vorzunehmende Wahl der Landwirte und ihrer Erasmänner für die Vollzugskommission aus irgend einem Grunde nicht zustande käme, werden die Landwirte auf Antrag des Oberamts nach vorgängiger Vernehmung des Gemeinderats von der Zentralstelle berufen.

Von dem Plan, der Beschreibung der Feldbereinigung, dem Verzeichnis der Grundeigenen Amer, dem allgemeinen Ueberschlag über die mutmaßlichen Kosten und dem Ergebnisse der vorläufigen Prüfung der Zentralstelle kann bis zum Abstimmungstag jedermann auf dem Rathaus in Altensteig-Stadt Einsicht nehmen.

Zugleich ergeht die öffentliche Aufforderung, etwaige noch nicht bekannte Ansprüche aus Freisung von dem Unternehmen, oder auf Anteilnahme an demselben, innerhalb der Ausschließungsfrist von zwei Wochen, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, beim (Stadt-)Schultheißenamt oder beim Oberamt hier geltend zu machen.

Den 9. März 1922.

M a n z.

Als angemessener Biererzeugerpreis ist für den Bezirk Nagold der Betrag von 2 Mk. 50 Pf. bis 3 Mk. für ein Liter festgesetzt. Das Fordern und Nehmen höherer Preise ist strafbar.

Nagold, den 8. März 1922.

Oberamt: M a n z.

Austragsweise verkaufe ich einen an der Hauptstraße (erste Geschäftsstraße) in Altensteig gelegenen, circa 2 Ar großen

Bauplatz.

Als Brandplatz sind 48 000 Mk. genehmigt.

Näheres durch

Chr. Herter, Immobilien, Ebdhausen.

Der Geflügel- und Kanarienvogelverein Altensteig hält seine

jährl. Hauptversammlung Sonntag, den 12. März im Rathaus z. Dörsenleich in Geselebroun. Beginn 2 Uhr. Mitglieder und Freunde der Sache sind eingeladen. Die Preise werden ausbezahlt und Frachtkosten verrechnet. **Der Ausschuß.**

Landw. Bezirksverein Calw.

Die auf Freitag, den 10. März ausgeschriebene

Saatfruchtausgabe

kann wegen unvorhergesehener Abwesenheit des Unterzeichneten

erst am Samstag, 11. März erfolgen. **Geschäftsführer: J. Knecht.**

Altensteig.

Lupinen

gebrannt
(bester deutscher Kaffee)
Pfund **Mk. 6.—**

Riempp-Mischung

mit 10% echtem Bohnenkaffee
1/2 Pfund-Paket **Mk. 6.—**
bei

Fr. Bühler jr.

Mädchen-Gesuch.

Bis 15. April wird braves, fleißiges, junges Mädchen 16—18jährig in kl. Familie (älteres Ehepaar) in Nagold gesucht.

Kunstfertigkeit über alles weitere erteilt
Franz Lehrer Pfanzler
Nagold, Dörsenleicherstr.

Grömbach.

Verkaufe 2 schöne, mittlere

Läufer-schweine

auch einzeln.

H. Broß.

Damen- und Herren-Schirme

Spazierstöcke, hat in reicher Auswahl sehr preiswert angeboten.

Lorenz Luz jr., Tel. 46.

Spiegelberg.

Suche auf 1. Mai spätestens ein gesundes christlich gefasstes

Mädchen

nicht unter 17 Jahren für Haus- und Gartenarbeit.
Pfarrer Jeller.

Mädchen

für Küche und Haushalt in kl. Familie für sofort oder später bei guter Bezahlung gesucht. Puhfrau vorhanden.

Franz Albrecht Glauner
Freundenstadt.

Freundliches, möbliertes

Zimmer

von einem Herrn sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter **R. D. 91** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Nagold.

Lichtspielhaus zum Löwen

Der geheimnisvolle Dokumentendiebstahl

eine sensationelle Industrie-Spionage-Affäre in 5 Akten.

Als Beiprogramm:

Das Geheimnis der Nachbar

Detectivdrama in 5 Akten.
In den Kaiserbau-Lichtspielen Stuttgart mit großem Erfolg gespielt.
Personen unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.
Sonntagvorstellungen
von 2 Uhr, 4.20 Uhr und 7.30 Uhr ab.

Für sofort gesucht

für mein neues Werk in Böblingen:

- 1 tüchtiger selbständige Bollgatterjäger
 - 1 Hilfsjäger
 - 1 Schleifer für Schmalz-Maschine
 - 1 jung. tücht. Fuhrknecht f. Langholzaufwerk
- bei hohem Lohn mit Kost und Wohnung.

H. Erlenmaier, Darnsheim-Böblingen.

Gute Bücher

als Konfirmationsgeschenke

empfiehlt die

W. Rieker'sche
Buchhandlung

Altensteig.

Altensteig.

Schneidergesuch.

Zwei tüchtige auswärtige Schneider finden als Heimarbeiter dauernde Beschäftigung bei

Fr. Böhler, Schneidermeister.

